

...tique sociale forte s'impose pour favoriser la...  
rimedio possibile all'attuale **stato di malessere** della politica  
grazione europea è dato da un'Europa 'sociale' democraticamente  
ergovernmental Conference has to restore the trust basis,

...opean Union needs a **new 'vision'** legitimizeettikriisin suhteen  
...ropäische soziale Bürgerschaft to restore the trust basis,  
...skia kohti **'uudelleennationalisointia'** this contradictory relat

...oyenneté sociale européenne implique une égalité et une solidari  
...lemi della **disoccupazione** e gli **squilibri** strutturali  
...inzip der freien Marktwirtschaft l'unico rimedio possibi  
...une égalité et une solidarité

...unctionalist belief that social progress les disparités et les  
...minations exercées sosiaaliset seikat subsidiariteettiperiaa

...rtanto bisogno di tali **criteri di convergenza sociale** syvän le  
...a wird nur dann imstande sein, **Renationalisierung, Protektionism**

...églementation sociale permet de pallier les effets pernicioeux d'  
...cique économique **'désintégrée'** hallitusten välisellä konferenssi

...Intergovernmental Conference has to restore the trust basis,  
...uropa 'sociale' democraticamente  
...**deep legitimisation crisis** of the EU challenges the Intergovernme

...the European Union needs a new 'vision' **tendances centrifuges**  
...alysed by nationalism, monetarist economism, und somit Legiti

...ropäische soziale Bürgerschaft **syvän legitimizeettikriisi**  
...nuova costituzione democratica, politica

...ergovernmental Conference on the revision  
...vän legitimizeettikriisin suhteen Europäische soziale Bürgersch

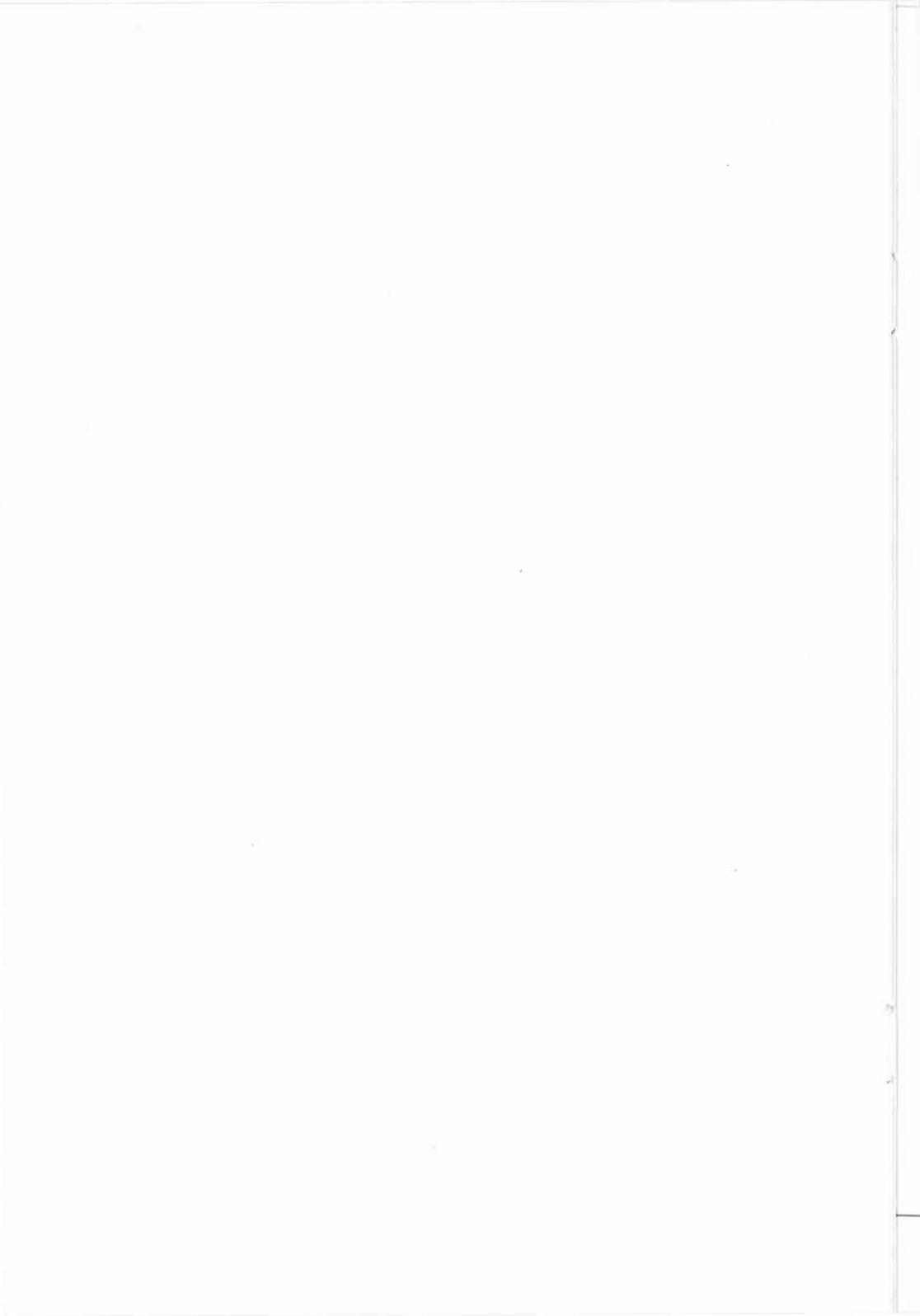
# SOZIALES EUROPA EIN MANIFEST

EGE • EUROPÄISCHES  
• GEWERKSCHAFTS-  
• INSTITUT  
• DES EGB



Brian Bercusson, Simon Deakin, Pertti Koistinen,  
Yota Kravaritou, Ulrich Mückenberger,  
Alain Supiot, Bruno Veneziani

...the protectionist self-interest of Member States  
...Europa wird nur dann imstande sein, **Renationalisierung, Protekti**  
...governativa ha una missione storica und somit Leg



## VORWORT

Der Europäische Integrationsprozess steht vor einer entscheidenden Weichenstellung. Im Rahmen der Regierungskonferenz soll die Konstruktion der Europäischen Union reformiert und weiter entwickelt werden. Dabei geht es (erstens) nicht nur um eine Vertiefung des Integrationsprozesses und die damit verbundenen institutionellen Reformen. Zugleich müssen ( zweitens ) die Voraussetzungen für die Aufnahme der südeuropäischen Länder geschaffen werden, die noch nicht Mitglied der EU sind und es müssen die Grundlagen für eine Erweiterung die Aufnahme der neuen mittel- und osteuropäischen Demokratien gelegt werden. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen zur Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahre 1999. Ganz entscheidend für die Zukunft der EU wird es jedoch sein, gleichzeitig das Projekt einer europäischen Sozialunion zu verwirklichen. Dies bedeutet vor allem die Neugestaltung der Arbeitsmärkte, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und damit die Realisierung eines hohen Beschäftigungsniveaus. Gleiche Chancen für Männer und Frauen auf einen angemessenen Arbeitsplatz und soziale Gerechtigkeit müssen als prioritäres Ziel der EU endlich verwirklicht werden.

Europa bedarf neuer Inspirationen, die dazu beitragen, daß der soziale Zusammenhalt und der demokratische Charakter der Union weiter entwickelt wird. Das EGI hat daher die Initiative von Wissenschaftlern aus sechs Mitgliedstaaten aufgegrif-

fen und die Erstellung eines Manifests "Soziales Europa" unterstützt. Daß die Autoren angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüche in Europa keine Patentrezepte vorschlagen, ist weder erstaunlich, noch war es aus gewerkschaftlicher Perspektive gewünscht. Was sie jedoch anbieten, sind neue Orientierungen, die die ökonomische Integration nicht von der sozialen Integration trennen, sondern sie systematisch miteinander verzahnen. Basierend auf ein neues Verständnis von Arbeit, Solidarität und Subsidiarität wird ein Konzept von sozialer Bürgerschaft entwickelt, das eine tragfähige Grundlage für ein soziales Europa der Zukunft darstellen kann.

Das EGI wird das eigentliche Manifest in elf europäischen Sprachen herausgeben.

An dieser Stelle sei den Autorinnen und Autoren noch einmal ganz herzlich für ihr Engagement und für die äußerst anregende Kooperation mit unserem Institut gedankt. Es bleibt zu hoffen, daß die Ideen und Vorschläge des Manifests nicht nur eine möglichst große Verbreitung finden, sondern sich auch in ganz praktischer Weise in den zukünftigen europäischen Integrationsprozess niederschlagen.

Reiner Hoffmann,  
Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts

Brüssel, im September 1996

# *Soziales Europa* *ein Manifest*

Europa besitzt das Potential, eine wichtige Triebkraft weltweiten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts zu sein. Gegenwärtig lähmen jedoch Nationalismus, monetaristischer Ökonomismus und protektionistischer Egoismus der Mitgliedstaaten diese Dynamik. In ganz Europa hat das Prinzip der freien Marktwirtschaft theoretisch und praktisch an Boden gewonnen und das Gleichgewicht von öffentlicher Verantwortung und solidarischer Unterstützung hin zur Privatisierung der Risiken und Lasten verschoben. Weit davon entfernt, die drängenden Probleme der Massenarbeitslosigkeit, Armut und sozialen Ausgrenzung zu lösen, hat die gegenwärtige Politik einer reinen Wirtschafts- und Währungsunion - in offen oder versteckt neoklassischer Weise - sie nur noch verschärft.

*Es bedarf einer starken Sozialpolitik, um Innovationen und Zusammenarbeit in Europa sowie eine auf Qualität beruhende wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und starke Anreize für sozialen Zusammenhalt zu bieten.*

Jahrzehnte politischer Unbeweglichkeit, von Deregulierung und Privatisierung (zum Beispiel in Großbritannien) haben gezeigt, daß der neoklassische Ansatz seine Überzeugungskraft (so sie denn je vorhanden war) auf Mitgliedstaats- wie auf Unionsebene verloren hat.

*Europa braucht eine neue Vision, die die Menschen, die in der Union leben und arbeiten, zu überzeugen vermag und sie veranlaßt, sich für ihre weitere Entwicklung und ihren Fortschritt einzusetzen. Aus der Sackgasse der gegenwärtigen europäischen Einigungspolitik führt ohne ein demokratisch und öffentlich konstituiertes soziales Europa kein Weg hinaus - ein Europa, das seinen Bürgern einen Katalog sozialer Grundrechte garantiert und damit ihr Vertrauen, ihre Zustimmung und ihre aktive Unterstützung - und somit Legitimität - für den weiteren Einigungs- und Modernisierungsprozeß Europas gewinnt.*

## *Der europäische Einigungsprozeß steckt in einer Sackgasse*

1 Schwerwiegende Entscheidungen über die weitere Entwicklung der Europäischen Union stehen an. Die Bedeutung der Union hat mit dem europäischen Binnenmarkt und dem Maastrichter Vertrag zugenommen und wird mit der Regierungskonferenz ("Maastricht II") und der Europäischen Währungsunion noch weiter wachsen. Dennoch weist die Europäische Union auf sozialem Gebiet eine unausgeglichene Leistungsbilanz auf. Erwartungen, die Massenarbeitslosigkeit und strukturelle Ungleichheiten mittels der Wirtschaftsunion zu überwinden, haben sich bislang nicht erfüllt. Es sind Tendenzen sowohl zu einer "Renationalisierung", (Europa à la carte mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Ausnahmeregelungen) als auch zu einer bloßen "Freihandelszone" ("EFTAisierung")

Europas mit gemeinsamer Währung) zu beobachten. Vor allem soziale Fragen scheinen unter wachsendem Druck des Subsidiaritätsprinzips zu geraten. Optionen auf eine Erweiterung der Europäischen Union verstärken diese zentrifugalen Tendenzen offenbar noch.

**2** Obwohl die Europäische Union die Macht erhalten hat, Regelungen auf supranationale Weise zu treffen und eine Währung aufzubauen, die die der einzelnen Mitgliedstaaten ersetzt, ist sie noch weit davon entfernt, demokratisch-politische und soziale Legitimität zu besitzen. Von Anfang an war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorwiegend ein Wirtschafts- und Marktbundnis. Sozialen und politischen Zusammenhalt erwartete man gemäß dem Denken der neofunktionalistischen Schule als Ausfluß des Wirtschaftswachstums und der Aufhebung von Marktschranken. In dem Maße, wie die Wirtschafts- und Arbeitsmarktleistung hinter diesen Erwartungen zurückbleibt und die Flut der ungelösten sozialen Probleme wächst, verliert die inkonsistente, technokratische Art, in der Entscheidungen in der Europäischen Union gefällt werden, das Vertrauen der Menschen und wird zunehmend als Skandal empfunden.

### *Die Regierungskonferenz hat eine entscheidende historische Rolle*

**3** In Hinblick auf die schwere Legitimationskrise der Europäischen Union kommt der Regierungskonferenz zur Revision des Unionsvertrages eine historische Aufgabe zu. Sie muß die Vertrauensbasis, die politische und soziale Unterstützung des europäi-

schen Projekts wiederherstellen. Unserer Ansicht nach erfordert diese Aufgabe mehr als marginale Anpassungen und kleinere institutionelle Reformen innerhalb des bestehenden Rahmens der Europäischen Union. Sie verlangt eine neue demokratisch-politische und soziale Verfassung der Union. Mit der politischen Demokratisierung muß die Grundlegung eines "sozialen Europa" einhergehen - eines sozialen Europa, das mehr ist als nur eine Nebenwirkung der Wirtschaft und des Marktes.

*Dieses Manifest legt den Schwerpunkt auf die Erfordernisse eines sozialen Rahmenwerks in Europa. Wir sehen einen solchen Rahmen als Vorbedingung nicht nur für das soziale Wohl der Bürger und den Zusammenhalt und die Produktivität der Gesellschaft als ganzer, sondern auch für die langfristige Wirtschaftsleistung.*

4 Wenn diese Anforderung weiterhin ständig vernachlässigt wird, wird das eine chaotische, unsolidarische, brutale und sogar gewaltsame und fremdenfeindliche Gesellschaftsentwicklung zur Folge haben. Im gegenteiligen Fall besteht eine Chance, das Projekt der europäischen Einigung, gestützt auf die Idee eines europäischen "bonum commune", eines gemeinsamen Besten, zu erneuern.

*Soziale Integration ist von der wirtschaftlichen nicht zu trennen*

5 Die vorherrschende europäische Einigungspolitik hat unter der Ägide neoklassischen Denkens wirtschaftliche Imperative von anderen Notwendigkeiten des sozialen Zusammenhalts isoliert. Die rein

wirtschaftliche Grundlage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion basieren allesamt auf der Annahme, daß der wirtschaftliche Fortschritt automatisch sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt nach sich ziehen wird. Diese Annahme hat zu einem blinden europäischen Ökonomismus geführt, der seine sozialen und politischen Grundlagen und Folgen ernstlich mißachtet.

*Das klassische ökonomische Denken vertrat die Auffassung, daß die Entwicklung einer Gesellschaft von ihrer Fähigkeit bestimmt sei, Wirtschaftliches, Soziales und Politisches in einer Ökonomie zu vereinen. Europa braucht soziale Konvergenzkriterien, - wie die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die Schaffung von Qualifikationen und Chancengleichheit - die die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen hat und zu deren Umsetzung sie Instrumente bereitstellen muß. Soziale Rechte und Marktregulierung sind keineswegs Hemmnisse für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt und Modernisierung, im Gegenteil, sie sind deren Vorbedingung.*

6 Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht trägt soziale Regulierung dazu bei, mit den negativen Auswirkungen einer "desintegrierten" Wirtschaftspolitik umzugehen. Es gibt Belege, daß Märkte, und darunter auch der Arbeitsmarkt, für ihr Funktionieren Institutionen, Regelungen und Standards brauchen. Angesichts der Globalisierung der Wirtschaft, der Produktionsprozesse und der Märkte stellen transnationale europäische Standards keineswegs Hemmnisse dar, sondern sie tragen zum

wirtschaftlichen Wohlstand bei, indem sie Wettbewerbsverzerrungen beseitigen und positive Anreize für Innovationen und Qualifikationsmaßnahmen sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Gemeinschaftsebene schaffen.

## *Subsidiarität und Solidarität bilden eine aktive Dynamik der Europäischen Union*

7 Der Sinn und die Bedeutung, die man gegenwärtig dem Subsidiaritätsprinzip beimißt, vernachlässigt nicht nur seinen gestalterischen Grundgedanken, sondern auch die Tatsache, daß der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft ebenso das Solidaritätsprinzip anerkennt. Das Subsidiaritätsprinzip ebnet keinesfalls der Nichtintervention und Deregulierung den Weg, wie viele seiner Verfechter fälschlicherweise behaupten. Vertikale Subsidiarität beinhaltet ganz im Gegenteil durch die Wirkung des Solidarprinzips eine Verpflichtung der höheren Ebene (zum Beispiel Europas), die untere Ebene (zum Beispiel die Regionen oder Mitgliedstaaten) zu unterstützen, wo es nötig ist. Entsprechend beinhaltet horizontale Subsidiarität, daß staatliche Institutionen freiwillige Verhandlungsstrukturen (wie kollektive Verhandlungen und sozialen Dialog auf Europaebene) aktiv unterstützen, ihnen autonome, kollektive Selbstbestimmung ermöglichen sollen. Die europäischen Verträge hindern die Schaffung eines sozialen Europa nicht, im Gegenteil, sie fördern es.

## *Soziale Bürgerschaft ist ein Eckpfeiler der Europäischen Union*

8 Ein Schlüsselement des sozialen Europa besteht darin, die Beziehung von Mensch und Arbeit produktiv und gestalterisch fortzuentwickeln. Arbeit hat für jene, die auf Beschäftigung angewiesen sind, eine doppelte Wirkung: Sie verdienen ihren Lebensunterhalt und erleben ihre Integration in die Gesellschaft über die Erwerbstätigkeit. Allerdings ist Arbeit nicht das gleiche wie Erwerbstätigkeit. Arbeit besteht auch in anderen sozialen Tätigkeiten, die für die Existenz und das Überleben der Gesellschaft notwendig sind (Kindererziehung, Pflege alter Menschen und vieles mehr). Aus diesem Grund ist ein garantierter Rechtsstatus, ein Katalog effektiv garantierter Rechte für arbeitende Menschen - Erwerbstätige wie auch solche, die anderen gesellschaftlich wünschenswerten Tätigkeiten nachgehen - heutzutage eine Voraussetzung der sozialen Anerkennung des einzelnen in der Gesellschaft. Dieser Status beinhaltet Grundrechte des Menschen - wie Berufsfreiheit, Freiheit von Diskriminierung und Freiheit von sozialer Ausgrenzung.

*Soziale Bürgerschaft, rechtlich verbindliche Grundrechte und Ausgewogenheit zwischen Markt und Sozialstaatlichkeit sind die Eckpfeiler eines sozialen Europa.*

9 Ein moderner europäischer Status für Arbeitende wird in einem Katalog von universellen Menschen- und Bürgerrechten bestehen. Wir treten für eine soziale Bürgerschaft von Arbeitnehmern ein, die ihnen eine aktive Rolle im Unternehmen und in

der Gesellschaft zugesteht - und zwar nicht nur als Empfänger wohlfahrtsstaatlicher Zuwendungen, sondern als verantwortlich Handelnde. Bürgerschaft beschränkt sich nicht auf politische Bürgerschaft (Artikel 8 des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft). Notwendig ist ein Konzept der Bürgerschaft, das ein Eindringen der öffentlichen Sphäre in den angeblich privaten Bereich der Arbeit und Beschäftigung zulässt.

*Europäische soziale Bürgerschaft schafft einen Status mit Rechten auf soziale Integration, auf Schutz und Partizipation für alle, die arbeiten und Verantwortung zum Wohl der Gesellschaft übernehmen. Bürgerrechte sind keine Privilegien von Staatsbürgern - sie beinhalten die Verpflichtung zur Solidarität gegenüber Ausländern und Ländern, die sie brauchen. Da Arbeit nicht nur Erwerbstätigkeit ist, sondern auch andere Tätigkeiten umfaßt, auf die die Gesellschaft angewiesen ist, schuldet die Gesellschaft allen, die sie leisten, Rechte der sozialen Bürgerschaft. Demokratische Rechte am Arbeitsplatz, Rechte, nicht diskriminiert zu werden, auf flexible Arbeitszeitgestaltung, Rechte auf sozialen Schutz und Wiedereingliederung jener, die gesellschaftlich wünschenswerte Arbeit außerhalb von Erwerbstätigkeit leisten, der Anspruch auf Leistungen und Dienstleistungen, die nicht mit Erwerbstätigkeit und beruflichem Status verknüpft sind, und Schutz vor Unsicherheit und Ausgrenzung sind die Schlüsselemente sozialer Bürgerschaft.*

## *Soziale Bürgerschaft erfordert eine neue europäische Geschlechterpolitik*

**10** Die Frage der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und ihrer Förderung ist zum Gegenstand eines europäischen Grundrechts und von Verfahren seiner wirksamen Durchsetzung zu machen.

*Soziale und europäische Bürgerschaft beinhaltet rechtlich garantierte Gleichstellung und Solidarität zwischen den Geschlechtern und die Abschaffung jeglicher Diskriminierung.*

Das umfaßt politische Maßnahmen gegen Diskriminierung von Frauen und für Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie Bestrebungen, diese effektiver zu gestalten. Solche Maßnahmen werden scheitern, solange es keine neue Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen gibt, die Frauen den Bereich der Berufsarbeit erschließt und Männer stärker in die häusliche Sphäre einbezieht und so zu einer neuen gleichberechtigten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Familie, Erwerbstätigkeit und Gesellschaft führt. Aus diesem Grund müssen Maßnahmen gegen Diskriminierung mit einer neuen Geschlechterpolitik einhergehen. Für beide Geschlechter muß das Berufsleben besser mit den Anforderungen und Bedürfnissen des Familienlebens und der Hausarbeit (Arbeitszeit, Erziehungsurlaub) vereinbar werden. Erscheinen gewisse menschliche Bedürfnisse heute noch als Bedürfnisse allein von Frauen, so werden sie sich im Laufe des fortschreitenden Individualisierungsprozesses der Gesellschaft zu Bedürfnissen entwickeln, die für beide Geschlechter zunehmende

Bedeutung erlangen. Geschlechterpolitik wird daher zu einem grundlegenden Erfordernis für die Menschheit.

## *Soziale Ausgrenzung ist mit sozialer Bürgerschaft unvereinbar*

**11** Unter dem Aspekt der Menschenrechte und der sozialen Bürgerschaft muß man die jüngsten Tendenzen zu arbeitsrechtlicher, beruflicher und geographischer Heterogenität und Fragmentierung der Arbeitnehmerschaft ernst nehmen. Trotz der Notwendigkeit zu Vielfalt und Unterschiedlichkeit können Ungleichheit und Diskriminierung bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern - EU-Bürgern wie Nicht-EU-Bürgern (beide haben Rechte der sozialen Bürgerschaft in unserem weiteren Verständnis) - nicht toleriert werden.

*Es muß universelle Rechte geben, die Schutz vor sozialer Ausgrenzung bieten und nicht an Erwerbstätigkeit gekoppelt sind.*

Eine Revision des Begriffs Arbeitnehmer und der Schwellenwerte im bestehenden Recht ist notwendig, um die Reichweite der sozialen Sicherung auszuweiten. Es müssen "Brücken" (wie Berufsausbildung und andere Formen aktiver Arbeitsmarktpolitik) zum primären Arbeitsmarkt geschaffen werden, um zur Vermeidung der "Fallen" prekärer Arbeit beizutragen. Im Rahmen der sozialen Sicherung sollte es einen Kernbestand an Rechten geben, die nicht vom Arbeitnehmerstatus abhängig sind.

## *Europa braucht dringend eine öffentliche Sphäre*

**12** Ein gewisses Gleichgewicht zwischen öffentlicher und privater Sphäre ist eine Voraussetzung der rechtlichen, sozialen und staatlichen Kultur des Abendlandes. Ein rein wirtschaftliches und monetäres Europa wird diesem Gleichgewicht nicht nur nicht gerecht, sondern es gefährdet und zerstört das Gleichgewicht in den Mitgliedstaaten. Deshalb ist ein "europäischer öffentlicher Raum" als konstitutionelles Element der entstehenden Europäischen Union notwendig.

*Die europäische öffentliche Sphäre muß ein demokratisches Forum für öffentliche Debatten und Konsensschaffung bieten und öffentliche Dienste anbieten, um die sozialen Bedürfnisse der europäischen Bürger zu befriedigen.*

Dieser öffentliche Raum muß eine öffentliche Debatte und Konsensschaffung über Fragen zulassen, die heute fälschlicherweise als private angesehen werden. Dieses Forum zur Schaffung gemeinsamer europäischer Werte wird sich mit Themen befassen wie Geschlechterfragen, Arbeit und Reproduktion und ihrer gesellschaftlichen Sicherstellung, Bürgerschaft und den Möglichkeiten, Menschenwürde durch soziale Sicherung gegen Armut und Ausgrenzung zu schützen. Der öffentliche Bereich galt bislang im wesentlichen als Domäne des Staates. Der Staat scheint sich jedoch in einer Krise zu befinden - und damit auch jener Teil des Sozialstaates, der Sozialleistungen und Infrastrukturen vorsieht. Es spricht einiges dafür, daß heute das "öffentliche Interesse" und das

“Gesellschaftliche” nicht mehr nur Sache des Staates oder der Staaten sein können, sondern des Rahmens einer europäischen Zivilgesellschaft bedürfen.

### *Eine Neudefinition der Europäischen Union beinhaltet die Einführung einer dynamischen europäischen sozialen Verfassung*

**13** Europa wird nur dann imstande sein, Renationalisierung, Protektionismus und EFTAisierung zu vermeiden, wenn es seine gesamte Energie und politische Macht darauf konzentriert, eine neue Legitimitätsgrundlage zu entwerfen und zu entwickeln, auf die es seine Zukunft aufzubauen vermag. Die Frage der Legitimität ist eine der wichtigsten Herausforderungen, der sich die Regierungskonferenz der Europäischen Union gegenübersteht, und eines der wichtigsten Ziele, die sie zu erreichen hat.

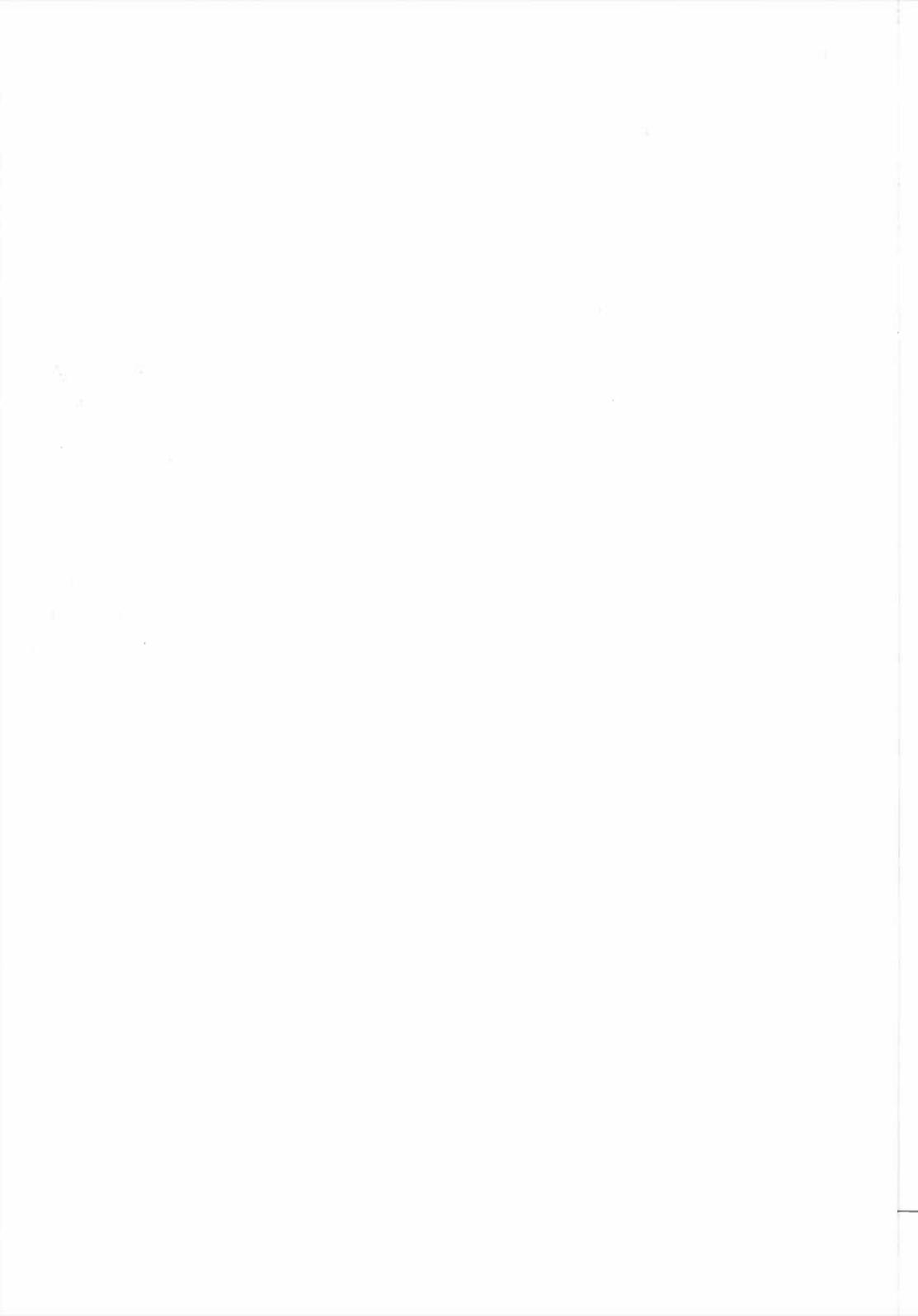
*Europa braucht eine Grundlage gemeinsamer politischer und rechtlicher Ziele und Verpflichtungen und wirkungsvolle Instrumente zu deren Durchsetzung.*

Viele der geschilderten rechtlichen und sozialpolitischen Anforderungen wären erfüllt, wenn die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 und das Maastrichter Protokoll und Abkommen über die Sozialpolitik in den Vertrag zur Europäischen Union einbezogen würden. Die Charta kann als politische Orientierung, als Leitlinie für eine soziale Verfassung Europas dienen, das Protokoll und Abkommen könne praktische

Verfahrensregelungen und Instrumente zur Umsetzung und Durchsetzung dieser Prinzipien werden.

*Die bloße Aufnahme der sozialen Grundrechte ohne Instrumente für eine erfolgreiche Umsetzung ist unzureichend.*

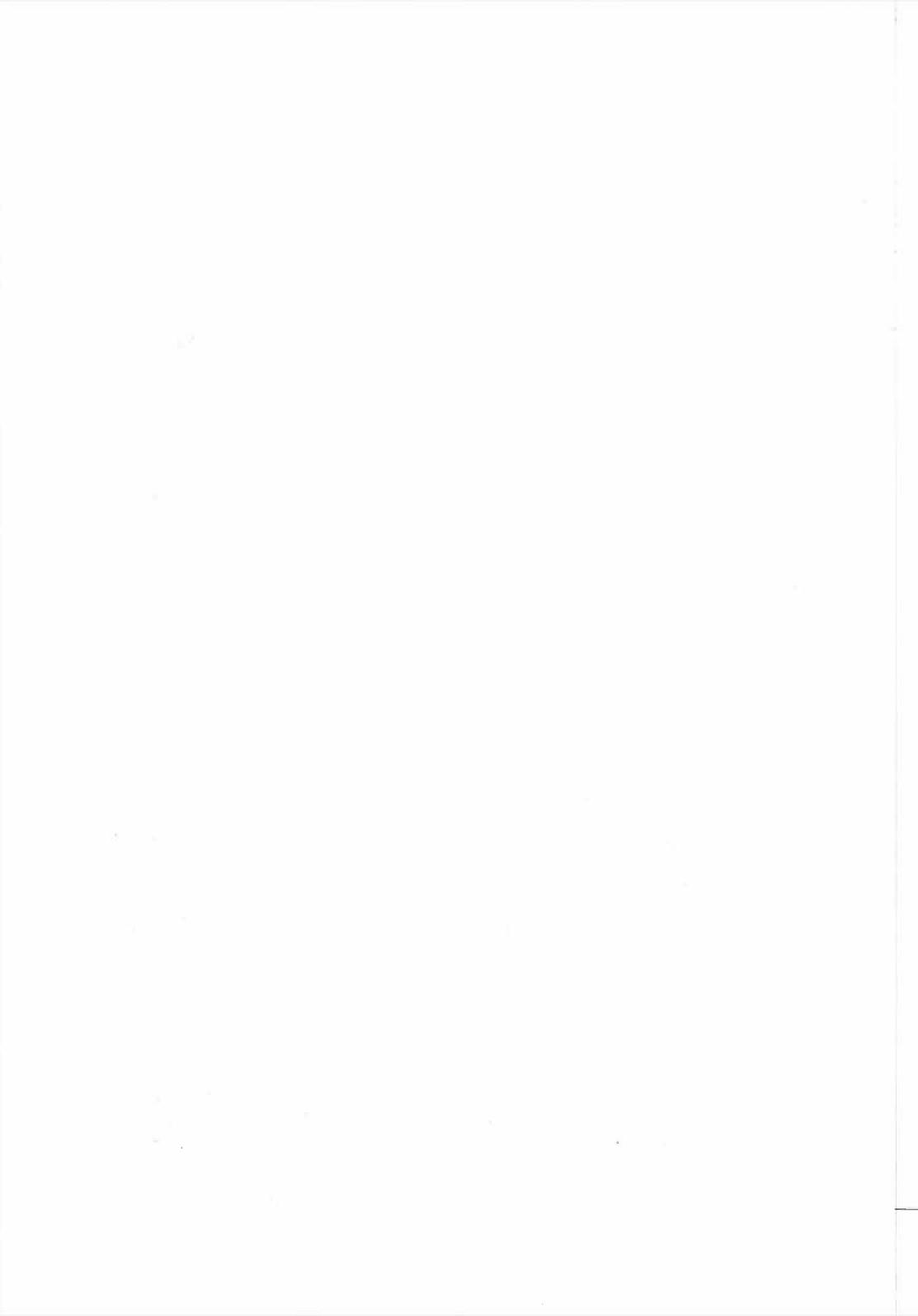
14 Ein entscheidendes Merkmal für die vorgeschlagene europäische soziale Verfassung ist die Rolle der Tarifautonomie und daher auch der freiwilligen Tarifzusammenschlüsse. Dies betrifft insbesondere die Gewerkschaften. Die Mitgliedstaaten haben dies bereits im Rahmen des Sozialprotokolls und des Sozialabkommens, die den europäischen sozialen Dialog über Sozialpolitik fördern, anerkannt. Der bemerkenswert hohe und rasant zunehmende Grad der Globalisierung multinationaler Unternehmen und ökonomischer Interdependenz erfordert jedoch die Schaffung einer Gegenkraft auf Arbeitnehmerseite, um eine soziale Anpassung an den ökonomischen Wandel zu erreichen.



## Zu der Autorin und den Autoren

- Brian Bercusson**, geb. 1947; Professor für Europäisches Recht, Universität Manchester; Forschungsbereiche: Europäische Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik, Industrielle Beziehungen und sozialer Dialog.
- Simon Deakin**, geb. 1961; Dozent für Rechtswissenschaft und stellvertretender Direktor ESCR Centre for Business Research, Universität Cambridge. Mitglied des Peterhouse College, Cambridge. Forschungsbereiche: Wirtschaftstheorie und Gesetzesanalyse, mit Schwerpunkt Arbeitsmärkte, Unternehmensorganisation und Wettbewerbspolitik.
- Perti Koistinen**, geb. 1948; außerordentlicher Professor für Arbeitsmarktpolitik, Universität Tampere.  
Forschungsbereiche: Vergleichsstudien über europäische Beschäftigungssysteme und Arbeitsmarktpolitik, Restrukturierung von Arbeitsmärkten und neue Initiativen für Beschäftigung, Arbeitsteilung und Arbeitszeitpolitik mit Bezug auf die Arbeitslosigkeit.
- Yota Kravaritou**, geb. 1944; Professorin für Europäisches Recht am Europäischen Hochschulinstitut, Florenz, und Rechtsfakultät an der Universität Thessaloniki.  
Forschungsbereiche: Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik, Europäisches Recht und Gleichstellung von Mann und Frau.
- Ulrich Mückenberger**, geb. 1944; Professor für Arbeitsrecht, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg.  
Forschungsbereiche: Industrielle Beziehungen, Arbeitsrecht, Sozialpolitik in Europa, Europäisches Arbeits- und Sozialrecht.
- Alain Supiot**, geb. 1949; Professor für Arbeitsrecht, Universität Nantes, Direktor der Maison des Sciences de l'Homme Ange Guépin, welches Wissenschaftler aller Disziplinen für die Untersuchung der Umgestaltung des sozialen Zusammenhangs vereint. Forschungsbereiche: Vergleichendes Arbeitsrecht und soziale Sicherung, Theorie des Arbeitsrechts.
- Bruno Veneziani**, geb. 1941; Professor, Direktor des Instituts für vergleichendes Arbeitsrecht und industrielle Beziehungen, Universität Bari. Forschungsbereiche: vergleichende und europäische Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik, individuelles und kollektives Arbeitsrecht.





ropea e dato  
ntal Conference has to restore the trust

n needs a **new 'vision'** legitimizeettikriisin suhteen  
soziale Bürgerschaft to restore the trust basis,  
**'uudelleennationalisointia'** this contradictory relat

ociale européenne implique une égalité et une solidarité  
**disoccupazione** e gli **squilibri** strutturali  
freien Marktwirtschaft l'unico rimedio possibile  
une égalité et une solidarité

t belief that social progress les disparités et les  
exercées sosiaalset seikat subsidiariteettiperiaat

ogno di tali **criteri di convergenza sociale** syvän leg  
dann imstande sein, **Renationalisierung, Protektionism**

on sociale permet de pallier les effets pernicioeux d'u  
**mique 'désintégré'**

hallitusten välisellä konferenssil  
mental Conference has to restore the trust basis,  
ale'democraticamente  
**nisation crisis** of the EU challenges the Intergovernmen  
ean Union needs a new 'vision' **tendances centrifuges**  
nationalism, monetarist economism, und somit Legiti

oziale Bürgerschaft **syvän legitimizeettikriisin**  
tituzione democratica, politica

the **deep legitimisation crisis** of the EU challer  
ntal Conference on the revision  
iteettikriisin suhteen Europäische soziale Bürgerscha

io possibile all'attuale stato di **malessere della poli**  
one europea è dato da un'Europa 'sociale'democraticamer  
les disparités et les **discriminations exercées**  
seikat subsidiariteettiperiaatteen the protectioni  
ntrifuges

uri opportunità, the functionalist belief that socia  
sté sociale européenne implique une égalité et une soli

n Union is paralysed by **nationalism**, monetarist econom

onist self-interest of Member States

**Renationalisierung, Protektio**